

An den
Präsidenten des Gemeinderates
der Stadt Bozen

Bozen, 13. Juni 2025

Beschlussantrag Nr. 19/2025

Dringender Beschlussantrag: Verbleib der Stadtapotheken in öffentlicher Hand

- Die Stadtapotheken erbringen elementare strategische Dienstleistungen und gewährleisten das Recht der Bevölkerung auf Gesundheit, indem sie einen fairen und flächendeckenden Zugang zu hochwertigen Arzneimitteln und Gesundheitsleistungen ermöglichen.
- Ein wesentlicher Garant dafür, dass auch soziale Zwecke verfolgt werden – dazu zählen der Schutz benachteiligter Bevölkerungsgruppen, eine moderate Arzneimittelbepreisung und eine bedürfnisorientierte Versorgung der Bevölkerung –, ist die Bewirtschaftung der Stadtapotheken durch die öffentliche Hand.
- Jede Form von Privatisierung, auch eine Teilprivatisierung, würde unweigerlich zu einer qualitativen Verschlechterung bei den Leistungen und zu Mehrkosten für die Bevölkerung führen. Die Stadt könnte nicht mehr unmittelbar auf die Ausrichtung der Stadtapotheken einwirken.
- Um die nötige Effizienz, Transparenz und soziale Verantwortung gegenüber der Stadtgemeinschaft gewährleisten zu können, ist eine öffentliche Bewirtschaftung der Stadtapotheken unumgänglich.
- Eine Privatisierung hätte irreversible negative Auswirkungen auf die Qualität der erbrachten Leistungen. Gleichzeitig stiege dadurch die Gefahr, dass die gesundheitlichen Versorgungsleistungen nicht mehr von allen Menschen gleichermaßen in Anspruch genommen werden können und dass sich die Beschäftigungsbedingungen für die betroffenen Angestellten verschlechtern.

Vor diesem Hintergrund

fordert der Gemeinderat den Bürgermeister und die Stadtregierung auf:

1. sich entschlossen und ausdrücklich für eine weiterhin rein öffentliche Bewirtschaftung der Stadtapotheken einzusetzen, damit die Gesundheit der Bevölkerung und die Beschäftigungssicherung weiterhin gewährleistet werden kann;
2. jede Form von – vollständiger oder teilweiser – Privatisierung kategorisch auszuschließen und sich entschlossen und klar dafür auszusprechen, dass der städtische Apothekendienst aufgrund des überwiegenden Gemeinwohls gänzlich unter öffentlicher Kontrolle verbleibt.

Der Einbringer des Beschlussantrags

Gemeinderat Juri Andriollo (gez.)